

## Sicheres Geld – Ja zur Vollgeld-Initiative



Walter  
Wobmann,  
Präsident SD  
Stadt Zürich,  
Zürich

Am 10. Juni stimmen wir über eine Grundsatzfrage ab. Es geht darum, wie unser Geldsystem in Zukunft aussehen soll. Dabei haben wir die Wahl zwischen einem dienenden oder herrschenden System. Wir kommen nicht darum herum, wichtige Eckpunkte bezüglich der Geschichte des Geldes aufzuzeigen. In der Vergangenheit bestand nicht immer das heutige babylonisch-schuldbasierte Geldsystem, wie dies im Allgemeinen gerne behauptet wird. **Zuerst gab es das sogenannte «Primärgeld» oder «Primitivgeld», in Form von Muschel-schalen, Schneckenhäuser, Perlen**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

**oder Salz. Gold, Silber, Salz und Pfeffer waren übrigens noch lange Zeit anerkannte Ersatzwährungen (teilweise bis in das Mittelalter).**

Die alten Römer bezahlten jeweils ihren Soldaten den Sold in Form von Salz. Darauf basiert auch das Wort «Salär». Die ersten Münzen existierten allerdings bereits an Handels-

plätzen im Altertum. Meistens hatten Handelsstädte sowie lokale Fürsten ein Münzprägerecht, ein sogenanntes Münzregal. In einem Reich erteilte dies der Kaiser. Obwohl man solche Rechte an Fürsten und Städte verlieh, **gab der Kaiser selbst noch eigenes Geld in Umlauf, welches dann als Reichsgeld galt und von den Händlern in lokale Währungen getauscht wurde. Eine Währung musste jedoch immer in einem gesunden Verhältnis zu den im Währungsgebiet produzierten Gütern und Dienstleistungen stehen.** Wenn zu viel oder zu wenig davon vorhanden war, entstand Inflation oder Deflation. Und genau darin bestand früher wie heute die Aufgabe der Inhaber des Münzregals. Heutzutage ist es die Zentralbank, welche als Hüterin der Währung (Münzen und Banknoten) eines Landes waltet.

### Nicht nur Schuldgeldsysteme

Das sich im Umlauf befindende Geld war keineswegs in allen Gesellschaften auf Schuldgeld aufgebaut. Vielmehr basierte es vielerorts auf der Summe aller Wirtschaftsleistungen im entsprechenden Währungsgebiet. **Andererseits existierte in einigen Gesellschaften eine Goldbasierung.**

**Im Mittelalter von 1150 bis 1450, im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, sprach man zudem von einem gewissen Brakteatensystem, welches mit dem heutigen Schuldgeldsystem des Rothschild-Imperiums (=Fraktionales Reservesystem) nichts gemeinsam hatte.**

**Genau in dieser Brakteatenzeit gab es mit dem Bau der gotischen**



Gewichtige Geschäftsbanken wie die UBS können mit der Vergrößerung der Geldmenge die wirtschaftliche Stabilität gefährden.

### Unsere Aktivitäten

Leider musste man aus finanziellen Gründen im vergangenen Jahr auf eine Zeitungsausgabe verzichten. Zukünftig möchten wir jedoch keine solchen Massnahmen mehr treffen, zumal diese Zeitung unser wichtigstes Werbeorgan ist. Ohne «Schweizer Demokrat» könnten wir kaum Kampagnen durchführen oder zu wichtigen Themen Stellung nehmen. Dank Ihnen werden wir immer wieder hie und da von den Medien erwähnt. Vielen Dank für Ihre Treue und Ihre wertvolle Unterstützung.

Ihre SD-Parteileitung

**Kirchen eine kulturelle Blüte, gerade weil das Geldsystem damals anders war.** Russland hatte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eine goldgedeckte Währung, die nicht schuldbasiert war. Heute gelten als Währungsreserven auch andere Währungen (Euro, Dollar, Pfund, Rubel, Yuan usw.). Daraus lässt sich schliessen, dass nicht seit 4000 Jahren immer dasselbe Geld-

system vorherrschte. **Das Fiat-Money-System des Bankhauses Rothschild ist seit dem «Federal Reserve Act» in den USA im Jahre 1913 ein Betrug auf Kosten der Völker und Nationen!** Dieses Prinzip des «Federal Reserve Acts» verbreitete sich über die anderen Zentralbanken auf die ganze Welt,

Fortsetzung Seite 2

**Die diesjährige 1.-August-Feier findet in Amden im Kanton St. Gallen statt. Wir freuen uns, auch Sie an diesem Anlass begrüssen zu dürfen.**

## Sicheres Geld – Ja zur Vollgeld-Initiative

Fortsetzung von Seite 1

insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Dollar zur Weltleitwahrung wurde (Bretton-Woods-Institutionen).

**Es darf nicht sein, dass private Geschäftsbanken aus dem Nichts Geld schöpfen können und dieses dann als Kredit inklusive Zinsen vergeben.**

Demnach ist das Geldsystem nicht automatisch vorgegeben, sondern wurde immer in Gesellschaften (Königreichen und Handelszentren) entwickelt, gemäss dem damaligen Bewusstseinsstand. Es ist entgegen anderslautenden Behauptungen von Menschen gemacht und kann somit auch von Menschen wieder geändert werden.

### Geldsystem in der Schweiz

In der Alten Eidgenossenschaft hatte jeder Kanton seine eigene Währung. Dies änderte sich nur kurz, während der Besatzungszeit von Napoleon Bonaparte. Ab 1848, als die erste Bundesverfassung der Schweiz in Kraft trat, wurde die Währungspolitik Sache des Bundes. Er erhielt das alleinige Recht, Münzen zu prägen.

**Da aber die damals entstandenen Geschäftsbanken eine profitable eigene Geldherstellung entdeckten, indem sie eigene Geldscheine druckten (Banknoten genannt), musste der Bund diesem Wildwuchs und Missbrauch Einhalt gebieten.**

**Deshalb gab es 1891 eine Abstimmung, wo das Schweizer Volk den Geschäftsbanken das Drucken von Geldscheinen verbot.** Lediglich die neu gegründete Schweizerische Nationalbank (SNB) durfte davon Gebrauch machen. Ein pikantes Detail sollte dabei beachtet werden: Bei der damaligen Abstimmung empfahl der Bundesrat und das Parlament noch ein Ja zu dieser Vorlage, **da sie die ungleiche Machtstellung der Geschäftsbanken noch erkannte und diese auch einschränken wollte. Dies ist heute leider nicht mehr der Fall.** Seit 1907 verleiht nun die SNB das Papiergeld an die Banken und es fliesen jährlich zwischen 1 und 2,5 Milliarden Franken Gewinn in die öffentlichen Kassen (Seigniorage). **Diese Münzen und Banknoten sind Vollgeld.**

### Giralgeld – eine gefahrlige Errungenschaft

Seither hat sich die Situation bei



Werbeaktion für die Vollgeld-Initiative.

der Gelderzeugung abermals geändert. Münzen und Banknoten machen heute nur noch zirka 10% des gesamten Geldes, welches sich im Umlauf befindet, aus. Wieder haben die Geschäftsbanken eine profitable Geldherstellung entdeckt: Es handelt sich um das sogenannte Giralgeld. Dieses umfasst heute ungefähr 90% des gesamten Kapitalumlaufes.

**Dieses privat erzeugte Giralgeld ist kein gesetzliches Geld, sondern nur ein «Anspruch auf Geld», was heisst, dass unsere Giralgeldkonten nicht sicher sind. Wenn eine Finanzblase platzt, kann sich dieses privat erzeugte Geld «in Luft» auflösen.**

Dies geschah in Zypern bei der letzten Finanzkrise. Man exerzierte dort erstmals ein «Bail-in» durch. **Bei einem Bail-in greifen die Banken nach den Guthaben ihrer Kunden, um sich in einem Krisenfall zu sanieren.** Dies ist möglich, zumal die Guthaben einen Teil der Bankbilanz darstellen. Im Gegensatz zu einem Bail-in steht der Bail-out, wo eine angeschlagene Bank beim Staat oder bei der Zentralbank «anklopft», um sich «retten zu lassen». Dies geschah bei der UBS im Jahr 2008. Beide Massnahmen, Bail-in und Bail-out, haben einen unlauteren Charakter.

### Fazit der Vollgeld-Initiative

Bei einer Annahme der Vollgeld-Initiative würde auch das Buchgeld (Giralgeld) zu Vollgeld und dürfte nur noch durch die Nationalbank in Umlauf gebracht werden. Die Geschäftsbanken wären gezwungen, unsere Vollgeldkonti ausser-

halb ihrer Bankbilanz zu führen. **Bei der Pleite einer Geschäftsbank fallen die Vollgeldkonti nicht in die Konkursmasse, so dass unser Geld sicherer wäre, als es jetzt ist.** Es könnte nicht mehr ohne Weiteres verschwinden. Zudem brächte man auf diese Weise erstmals auch elektronisches Geld schuldfrei in Umlauf, was zur Folge hätte, **dass dem Staat oder uns Bürgern im Laufe der Jahre viele Milliarden Franken zusätzlich zur Verfügung stünden (Geldschopfungsgewinn oder Seigniorage genannt).**

**Dieses zusätzliche Geld, durch die Zentralbank (SNB) geschaffen, würde dem Staat übertragen. Dieser könnte sich damit entweder entschulden, oder aber wichtige Investitionen tätigen.**

Das Geld wäre dann im Umlauf und käme später als Kundeneinlage auf ein Konto einer Geschäftsbank. Eine Geschäftsbank könnte dann nur noch mit dem vorhandenen Kapital dieser Kunden (Privatpersonen, Unternehmen, Investoren) Kredite vergeben, und nicht wie zuvor, aus dem Nichts Geld schöpfen und «Luft-Kredite» vergeben. Diese künftigen Kredite wären also durch Kundeneinlagen gedeckt; oder aber die Nationalbank uberliesse den Geschäftsbanken gegen einen kleineren Zins zusätzlich Kapital, damit sie ihre Kredite decken können und auch liquid bleiben.

### Vollgeldausgabe an den Staat

Falls man die Geldmenge ausweiten müsste, würde hierbei dem Staat durch die Nationalbank schuldfrei Geld zur Verfügung ge-

stellt. Dies fände jedoch nur statt, wenn sich das gesamte Wirtschaftsvolumen (Güter und Dienstleistungen) erweitern würde (Wirtschaftswachstum). Diese neue Ausgangslage gäbe der Nationalbank erstmals wieder die Möglichkeit, die Geldmenge direkt zu steuern. Dies kann die SNB im heutigen Zustand nämlich nicht mehr, **da diese nur das Bargeld herausgibt, das lediglich noch 10% der gesamten Geldmenge darstellt, nicht aber das Giralgeld, welches 90% des Geldumlaufs ausmacht.**

**Bis jetzt steuerte die SNB die Geldsubstanz jeweils nur indirekt, nämlich über den Leitzins. Dies würde sich durch die Annahme der Vollgeld-Initiative ändern. Die SNB bekäme wiederum die vollständige Kontrolle über die Geldmenge, so dass sie diese verantwortungsvoll selber steuern kann.**

Andererseits entstünde eine klare Trennung zwischen Geldschöpfung und Kreditvergabe. Diese wichtige Gewaltenteilung im Geldwesen hätte eine enorme Verringerung der jetzigen Machtposition der Geschäftsbanken zur Folge. Sie müssten sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgabenbereiche (Bankgeschäfte: Zahlungsverkehr, Kreditwesen, Vermögensverwaltung, Börsengeschäfte) konzentrieren. Die Geschäftsbanken wären dann einfache Wirtschaftsteilnehmer und könnten nicht mehr mit selbst geschaffenen Geld Kredite gegen Zinse verleihen. **Durch Beendigung dieser Machtstellung liessen sich ausserdem Erpressungen des Staates durch die Geschäftsbanken (mit «too big to fail») verhindern.**

**Es müssten keine Bankenretungen mehr gemacht werden, da die Kundengelder nun zu Vollgeld würden und somit nicht mehr verschwinden könnten. Bei einer Bankenpleite ginge der normale Zahlungsverkehr unbeeinträchtigt weiter, und zwar ohne dass die Wirtschaft zum Erliegen käme.**

Vor allem käme es nicht mehr zu einer Verschuldung des Staates respektive der Allgemeinheit gegen über den Geschäftsbanken. Wichtige öffentliche Aufgaben könnten demnach ungehindert vom Schuldendruck getätigt werden.

### Vollgeldausgabe an die Bürger

Es gäbe auch die Möglichkeit, die

Fortsetzung Seite 3

## Nach der eskalierten Kontrolle – Stadtpolizisten freigesprochen

Das haben wir alle vernommen: Nach achteinhalb Jahren (!) und einem beispiellosen juristischen Hickhack hat das Bezirksgericht Zürich gestern drei Stadtpolizisten vom Vorwurf des Amtsmissbrauchs und der Gefährdung des Lebens freigesprochen. Sie erhalten eine Genugtuung von je 5000 Franken. **Das Gericht begründete dies mit der «ausserordentlichen Belastung» für die Beschuldigten, die um ihre Stellen fürchten mussten. Bei einer Personenkontrolle im Jahr 2009 beim Bahnhof Wiedikon mussten sich die Polizisten mit Schlagstöcken und Pfeffersprays gegen einen 36 Jahre alten Nigerianer zur Wehr setzen, der sie «wie eine Furie» angegriffen hatte.** Wo gibt es das sonst noch auf dieser Welt? Das ist die maximale Rassismuskatzenstrolche! Wir sind nicht nur das Lifestyle-Schlaraffenland, welches Bevölkerungsüberschüsse aus der ganzen Welt anzieht. Wir bieten ebenfalls an Respektlosigkeit und Undankbarkeit gegen uns selbst nicht zu überbietende Theatergrottesken für die Empfänger von vollem Unterhalt, luxuriöser Kleidung, Unterkunft, Smartphones, Sozialhilfe usw. an. Ich bin mir nicht sicher, **ob sich die nigerianische «Furie» (die Anwälte der Polizisten zeichneten bei der Verhandlung das Bild einer «Furie») zuhause hätte erlauben dürfen, der eigenen Polizei nicht nur eine Personenkon-**



Die Thematik des «Racial Profiling» wurde erschaffen, um die «No borders-No nations-Ideologie» noch stärker voranzutreiben. Letztlich diskriminiert man jedoch nur die Polizeibeamten!

**trolle zu verweigern, sondern sie auch noch physisch anzugreifen.**

**Der Verdacht liegt nicht allzu fern, dass der von einer «Allianz gegen Racial Profiling» angefeuerte Nigerianer eventuell genau vor der Polizei seines Heimatstaates zu uns in das weitgehend gewalttolerante Land der Narrenfreiheiten geflüchtet ist.**

### «Racial Profiling» – unsachlicher Ideologismus

Die Partei des Chaos, die sich die Armeeabschaffung und die Zerstückelung des schweizerischen Rechts- und Nationalstaates als ersten Psalm in das Gebetsbuch geschrieben hat, tritt immer wie-

der unter allerlei verschiedenen blumigen Kommissionsnamen auf, wie beispielsweise «Allianz gegen Racial Profiling». Diese liess nach dem Urteil verlauten, es sei ein «erwarteter Schock»!

**Was wäre, wenn das Bezirksgericht die Polizisten tatsächlich verurteilt hätte? Dann müssten sie sich bei jeder vorgesehenen Kontrolle vergewissern, dass es ein rassenloser Schweizer sei, den sie überprüfen dürften, und falls die Beamten angegriffen werden, sollten sie schleunigst das Weite suchen.**

Nachts, wenn alle Gesichter, besonders an der Langstrasse, nicht mehr so hell sind und daher jeder-

mann grundsätzliche Rassismus-Narrenfreiheit genießt, würden die Polizisten am besten «zu Hause» bleiben. Und der heisse Tipp an anpassungsfähige Schweizer, die auch einmal wieder Narrenfreiheiten geniessen möchten. **Sie können einen Kurs bei einer Visagistin nehmen, ein Töpfchen Farbe kaufen und schon verfügt man über Immunität gegen polizeiliches «Racial Profiling».**

### Angriff auf staatliche Sicherheitsorgane

In einem Bericht des «Tages-Anzeigers» steht weiter, dass gemäss dieser «Racial-Profiling-Kommission» eine zu grosse Nähe zwischen Polizei und Staatsanwälten besteht. Das ist eine erneute dümmliche Provokation, die ich hier nicht zusätzlich entlarven muss. **Die Allianz fordert jedoch bei Fällen mit angeklagten Polizisten, künftig nur noch unabhängige (oder müsste es heissen EU-abhängige?) Gremien ermitteln zu lassen. Seit Jahren schlagen Menschenrechtsorganisationen und internationale Ausschüsse in dieselbe Kerbe.** Wo haben denn solche Institutionen ihren Hauptsitz? Befindet sich dieser in einem durchschnittlichen afrikanischen Rechtsstaat, einem Verein von Bananenrepubliken mit Postfach in New York oder Berlin-Neukölln, oder nur in einer schwach beleuchteten Studierstube von gewissen Reinheitsideologen? Letztlich muss man erwähnen, dass in der Schweiz glücklicherweise auch Polizisten mit Rechten ausgestattet sind. Angehörige der Polizei erhalten bei uns eine anforderungsreiche Ausbildung, **die sie auf die vielen schwierigen Situationen mit unberechenbaren Leuten und zunehmender Gewaltbereitschaft (man kann es ja bald täglich in den Zeitungen lesen) optimal vorbereitet. Die persönlichen Risiken haben sie weitgehend selber zu tragen beziehungsweise zu verantworten.**

**Ich wage zu behaupten, dass es ausser in den skandinavischen Ländern und Grossbritannien kaum Staaten mit vergleichbar gut ausgebildeten und kontrollierten Polizeikörper gibt (Menschenrechte und internationale Ausschüsse lassen grüssen).**

Alexander Steinacher,  
Thalwil

### Sicheres Geld – Ja zur Vollgeld-Initiative *Fortsetzung von Seite 2*

Vollgeld-Initiative anders umzusetzen: **Die SNB würde die Vollgeldausgabe direkt an die Bürger der Schweiz, beispielsweise über die obligatorischen Krankenkassen oder ein Bankkonto der Bürger, entrichten.** Auch über diesen Weg gelangt das zusätzliche Geld schuldfrei in den Wirtschaftskreislauf. Die Bürger könnten es durch Konsum, Steuern an den Staat oder Sparen bei einer Geschäftsbank «investieren» und somit den Wirtschaftskreislauf beleben, was wiederum der Allgemeinheit zugute käme. Man sollte jedoch die Ausgabe an den Staat vorziehen. Auf diesem Weg wird das Geld vernünftiger und im Sinne der Bevölkerung verwendet oder investiert, was auch langfristig besser ist, als blosses zusätzliches Konsumieren von eventuell unsinnigen Produkten und Dienstleistungen durch

Private. Nicht alle Bürger geben nämlich das Geld sinnvoll aus.

**Ohnehin wird das zusätzliche Geld künftig schuldfrei in Umlauf gebracht, was die gesamte Wirtschaft vom Wachstumszwang mindestens teilweise befreien kann.**

Da im heutigen Geldsystem, welches auf Schuldgeldprinzip basiert, beinahe sämtliches Kapital mittels Schulden (Kredite) in Umlauf kommt, ist es für heutige Ökonomen und Finanzexperten fast nicht mehr möglich, sich ein anderes System vorzustellen. Es klingt abstrus, aber wenn im heutigen Geldsystem mehr Schulden getilgt werden, befindet sich umso weniger Kapital im Wirtschaftskreislauf, zumal Geld von getilgten Schulden verschwindet (Bilanzverkürzung bei Geschäftsbanken). Das ist wirklich makaber und muss nur schon deshalb geändert werden. **So lange**

**wir allerdings in einer Schuldenfalle sitzen, hat weder der Bürger noch der Staat die nötige Unabhängigkeit, das Geld in sinnvolle Projekte zu investieren.**

**Wir benötigen einen Paradigmenwechsel zu einem schuldfreien Geldsystem, das letztlich die Freiheit des Bürgers und die Unabhängigkeit und wahre Souveränität des Staates wieder herstellen wird; kurzum uns von der Schuldenklaverei der mächtigen Geschäftsbanken befreien wird.**

Die Vollgeld-Initiative ist schon deshalb kein «Experiment mit ungewissem Ausgang», weil im Jahre 1891 eine ähnliche Vorlage zur Wiederherstellung des Geldherstellungsregals durch den Bund ebenfalls angenommen und erfolgreich umgesetzt wurde. **Deshalb stimmt am 10. Juni Ja zur Vollgeld-Initiative!**

**Nicht nachhaltig, eine hohe Schuldenlast und kaum wirtschaftlicher Aufschwung! Nein zu olympischen Spielen in der Schweiz!**

# Vogelmord in Südeuropa



Margrit  
Neukomm,  
Zentralvize-  
präsidentin,  
Bern

Ist Ihnen auch schon aufgefallen, wie still es bei uns geworden ist? Früher begrüßte uns am Morgen jeweils lautes Vogelgezwitscher, doch jetzt ist das Vogelkonzert sehr viel leiser geworden, mancherorts sogar ganz verstummt. Leider nimmt die Zahl etlicher Singvögel in der Schweiz alarmierend schnell ab. Eine gewichtige Ursache spielt dabei der steigende Zugvogel-Mord in den südeuropäischen Staaten. **Jährlich werden in Südeuropa zirka 30 Millionen Zugvögel illegal getötet und gegessen. In Feinschmeckerlokalen bietet man unsere streng geschützten Singvögel für sogenannte «Gourmets» als teure Delikatessen an.** Es ist absolut dekadent und verwerflich, dass aufgrund von zwei bis drei Bissen Fleisch, welche ein Vögelchen in dieser geringen Grösse liefert, dieses dafür einen qualvollen Tod erleiden muss! **Besonders in Zypern blüht das Geschäft der Vogelmord-Mafia.** Alle Zugvögel benötigen auf ihrem langen Flug Rast- und Nahrungsplätze, und genau hier erwarten sie die Wilderer. Deren Fangmethoden sind illegal und tierquälerisch.

**Inbesondere an der Südostküste präparieren sie Bäume und Büsche mit unzähligen Leimruten, woran die Vögel kleben bleiben und stundenlang flatternd um ihr Leben kämpfen.**

Auch werden die vom Flug über das Meer erschöpften Tiere mit elektronischen Vogelstimmanlagen angelockt, sodass sie sich in den feinmaschigen Nylonnetzen verheddern und einen grausamen Tod finden. **In Zypern wurden von 2016–2017 insgesamt 2'458'500 Zugvögel getötet.** Hauptsächlich davon betroffen sind Mönchsgrasmücken, Singdrosseln, Fitislaub-sänger, Gartenrotschwänze, Klap-pergrasmücken, Rotkehlchen, Gartengrasmücken, Zilpzalpe und Am-



Zahlreiche Zugvögel (Bild: Eisvogel) fallen in Südeuropa brutalen Jägern zum Opfer.

seln. **Diese Vogeljagd ist gemäss den Vogelschutzrichtlinien der EU seit 1979 strengstens verboten, was die ansässige Bevölkerung jedoch nicht kümmert.** Im Juli 2017 hat das Parlament der Republik Zypern sogar die Strafen für den Vogel-mord massiv gesenkt und die Zusammenarbeit der Anti-Wilderer-Polizeieinheit mit den europäischen Vogelschützern erheblich blockiert.

## Gefährliches ehrenamtliches Engagement

Ehrenamtliche Vogelschützer bauen seit 2012 in strapaziösen Einsätzen an den 520 Zugvogelfangplätzen 1900 Fangnetze und 41'600 Leimruten ab. Dabei befreien sie viele noch lebende Vögel aus den Todesfallen. Freiwillige aus der Schweiz und Deutschland vom «Komitee gegen den Vogel-mord» opfern ihre Ferien, **um den Vogel-fang zu verhindern, wobei sie von den Wilderern oftmals tätlich angegriffen und bedroht werden.** Nicht selten beschädigt man zudem die Fahrzeuge dieser Vogelschützer.

**Die Stiftung für Artenvielfalt, «Fondation Pro Biodiversité», mit Sitz in Basel kämpft aktiv gegen diese Morde und führt jährlich vier Einsätze gegen die skrupellose Vogelwilderei durch.**

Für diesen Herbst ist eine weitere internationale Protestaktion mit dem Namen «Stopp dem Vogel-mord» geplant. Ausserdem richten die Verantwortlichen Forderungen

an die zypriotische Regierung zur strikten Einhaltung der EU-Vogelschutzrichtlinie sowie eine Nulltoleranz für Vogelwilderei und die Rücknahme der reduzierten Straf-masse für die jeweiligen Übeltäter. Auf Malta und der Nachbarinsel Gozo ist der Abschuss von Turteltauben und Wachteln dank einer EU-Ausnahmeregelung erlaubt. Die amtlich festgesetzten Abschusszahlen sind jedoch nicht überprüfbar.

**Aus purer Lust am Schiessen werden streng geschützte Greifvögel wie Wespenbussarde, Wiesenweihen, Fischadler und Falken geschossen.**

**Auf Malta respektive Gozo gibt es zirka 15'000 lizenzierte Vogel-jäger, 3000 Vogelfänger und 5000 gemauerte Fanggebäude an küstennahen Berghängen.** Des Weiteren bestehen viele Fangnetzanlagen für Finkenarten wie Kernbeisser, Grünfink, Stieglitz und Bluthänfling, welche für die Käfighaltung illegal verkauft werden.

## Erfolgreiches Projekt

In Sardinien, entlang der Südküste, werden Hunderttausende von Singdrosseln, Amseln, Rotkehlchen und Stieglitze Opfer der Vogelwilderei. Als Lockmittel verwenden die Jäger die roten Beeren des Erdbeerbaumes, **sodass sich die hungrigen Vögel in tödlichen Schlingfallen verfangen oder in Metallmausefallen brutal zerquetscht werden. Der Vogel-mord in den südeuropäischen EU-Ländern muss beendet werden! Es ist**

**nicht tolerierbar, dass man unsere Zugvögel auf ihrer Reise nach Afrika aus Profitgier grausam ermordet und dadurch das Gleichgewicht der hiesigen Natur zerstört.** Früher schossen in der sizilianischen Region Pantani Wilderer illegal Tausende von Enten, Reiher und Flamingos. Die Stiftung «Pro Artenvielfalt Bielefeld» und ihre Schwesterstiftung in Basel konnten mit Spendengeldern das 315 Hektaren grosse Feuchtgebiet inklusive 2 Lagunen kaufen sowie das ehemalige «Vogelschussgebiet» in eine bewachte Zugvogelschutzzone umwandeln. **Dies stellt ein grosser Erfolg dar und sollte als Vorbild für weitere Vogelrast-Schutzgebiete dienen!**

## Kulinarische Dekadenz

Der Ortolan, auch Gartenammer genannt, ist vom Aussterben bedroht, weil illegale französische Vogelfänger die erschöpften und hungrigen Vögel nach dem Flug über die Pyrenäen mit Hafer in Drahtfallen locken. Danach werden die Tiere ungefähr einen Monat lang in engen Käfigen bei völliger Dunkelheit gemästet. **Letztlich ertränkt man die Ortolane in Armagnac und serviert sie samt Innereien als Dessert für Feinschmecker, was diesen 300 bis 500 Euro wert ist.**

Es handelt sich um eine uralte, makabre Tradition aus der Bordeaux-Region, die unzähligen Gartenammern das Leben kostet. **In Deutschland und der Schweiz nehmen die Bestände dieser Vogelart stark ab.**

**Laut der Schweizerischen Vogelwarte sind bei uns die bedrohten Singvogelarten seit 1990 um rund 60 Prozent zurückgegangen. Lebensraumverlust, fehlende Nistmöglichkeiten, Insektenschwund und der Vogel-mord entlang der Zugvogelwege bilden die Ursachen.**

Deshalb muss in den südlichen EU-Ländern gegen diesen Vogel-mord protestiert werden! **Die örtliche Polizei sollte härter dagegen vorgehen und die Richter entsprechend strengere Urteile aussprechen.** Ausserdem müssten alle Touristen solche fragwürdigen Vogelfleisch-Angebote entschieden ablehnen.

**Ausländischer Unterricht für bestimmte Migrantengruppen an Schweizer Schulen verhindert Integration und fördert Parallelgesellschaften.**

Keine IV-Rente für unter 30-Jährige:

## Wirtschaft verweigert Integration

Der Bundesrat wurde vor einiger Zeit beauftragt, Alterslimiten für den Erhalt von IV-Renten zu prüfen. Nachdem er damals selbst diesem Ansinnen skeptisch gegenüberstand, nimmt nun die vorbereitende Kommission des Nationalrats mit ihrem Entscheid die Diskussion wieder auf. Demnach sollen Personen unter 30 Jahren keine entsprechende Rente mehr erhalten, was die Schweizer Demokraten (SD) höchstens teilweise befürworten. Es steht ausser Frage, dass sämtliche Massnahmen zur schnellstmöglichen Integration in den ordentlichen Arbeitsmarkt oberste Priorität haben müssen. Allerdings spricht man dabei lediglich von der blanken und oberflächlichen Theorie. **Bürgerliche Parteien, insbesondere SVP und FDP, beabsichtigen mit der stetigen Reduktion der IV-Renten die grundsätzlich notwendige Missbrauchsbekämpfung, wobei diese nur mithilfe von Kontrollmassnahmen erfolgen kann.**

Die demselben Lager angehörenden Wirtschaftsverbände verweigern aber jegliche effektive Ein-



*Psychisch kranke Menschen benötigen schnellstmöglich einen Platz in der Gesellschaft. Daher müssen Unternehmungen verpflichtet werden, solche Personen anzustellen.*

gliederung und bilden somit das eigentliche Hindernis aller möglichen Lösungen.

Ist von psychisch kranken Menschen die Rede, so verwenden Ex-

perten in der Praxis vielmehr den Begriff der «Leistungseinschränkung», welcher jedoch etliche Einzelpersonen stigmatisiert und somit auch diskriminiert.

Der durch die Globalisierung zunehmende Konkurrenzkampf sowie das Gebot des grenzenlosen Wachstums sind die Ursache der heutigen Situation und drängen bestimmte Menschen an den Rand der Gesellschaft. Daher stehen die Unternehmungen in ihrer alleinigen Verantwortung, sodass griffige und zielführende Massnahmen unumgänglich sind.

**In diesem Sinne fordern die SD eine längst fällige Quote von Arbeitsplätzen für potenzielle IV-Leistungsbezüger respektive leistungseingeschränkte Arbeitnehmer.**

Jede Unternehmung sollte gesetzlich verpflichtet werden, mindestens 3 Prozent solcher Personen anzustellen. Für Kleinbetriebe wären ein tieferer Prozentsatz sowie eine gewisse steuerliche Entlastung zu gewährleisten.

*Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern*

## Die AHV sanieren

Die AHV muss saniert werden. Bundesrat Alain Berset will deshalb die Mehrwertsteuer um satte 1,7% erhöhen. **Die Abschaffung überflüssiger Staatsausgaben wäre aber bedeutend zweckmässiger.** Man denke beispielsweise an die milliardenschwere Entwicklungshilfe, wobei kaum etwas Sinnvolles damit «entwickelt» wird. Zudem spielt für uns die Finanzierung in-

ternationaler Organisationen eine wichtige Rolle. **Als Gegenleistung erhält die Schweiz lediglich zusätzliche Forderungen und Kritik, sei es von der UNO, der OECD oder der EU.** Des Weiteren kostet das Flüchtlingswesen jährlich weitere Milliarden Franken. Bei den Flüchtlingen handelt es sich allerdings eher um Leute, **die auf unsere Kosten ein besseres Leben su-**

**chen, die nicht zu uns passen und die wir kaum jemals wieder loswerden.**

**Wenn wir in Zukunft weniger unnötige Ausgaben tätigen und das gesparte Geld auf diese Weise in die AHV investieren, muss die Mehrwertsteuer nicht erhöht werden.**

Es soll aber unseren «Gutmenschen» weiterhin gestattet sein, Geld zu verschenken. Die Voraussetzung dafür wäre, dass sie ihr eigenes Kapital verwenden und nicht auf die finanziellen Mittel der Staatskasse zurückgreifen.

*Otto Weiersmüller,  
Uetikon*

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

**Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



**Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.



**Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



**Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 27. Juni 2018, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstr. 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an:  
**info@sd-marktplatz.ch**

# Gedanken zum Tag der Arbeit

Wir leben in einer globalisierten neowirtschaftsliberalen Schweiz, die einem als Arbeitnehmer immer mehr Bauchschmerzen verursacht. Man fragt sich schon, was aus den guten Arbeitsregelungen, die unsere Vorväter mit grosser Besonnenheit aufgebaut haben, geworden ist. Der Stress und der Druck steigt in vielen Branchen an; wiederum gibt es jedoch Wirtschaftszweige, wo Leute unterfordert sind. **Unnötige Kündigungen nehmen stetig zu, besonders bei den über 50-Jährigen.** Arbeitslose finden kaum mehr eine Stelle und werden mit der unfairen Aussteuerung in die Sozialhilfe, das heisst faktisch in die Armut getrieben – auch solche, welche gut mit den Behörden zusammenarbeiten. Dadurch sinkt auch die Arbeitslosenquote, wobei diese lediglich künstlich beschönigt wird. Zudem nimmt die Profitgier stetig zu, da leider die Unternehmensleitungen ihren Lohn selber bestimmen können. **Darum erhalten diejenigen, die bereits jetzt sehr viel verdienen, noch mehr Einkommen.**

Verantwortlich für den Wohlstand in der Schweiz sind in erster Linie die hart arbeitenden Menschen, die eine Berufslehre gemacht haben, also auch die einfachen Arbeitnehmer. Sie bilden das unverzichtbare Rückgrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Leider will die Gesellschaft dies nicht erkennen, denn viele glauben, dass man nur mit einem Studium und viel Geld entsprechend anerkannt wird. Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) strahlte kürzlich eine interessante Dokumentation über die Arbeit der Müllabfuhrarbeiter aus. Wie diese Menschen behandelt werden, ist entwürdigend. Gewisse Autofahrer hupen ungeduldig, wenn die Arbeiter anhalten, um die Mülltonnen zu entleeren. Kinder von Kehrrichtabfuhrarbeitern werden in der Schule gehänselt. Dabei fallen etwa Bemerkungen wie «Dein Papa lebt im Müll!». **Jedoch auch Erwachsene belächeln solche Arbeiter. Man stelle sich einmal vor, diese Leute würden vierzehn Tage lang streiken. Die Gemeinden hätten mit massenhaft herumliegendem Müll sowie den daraus entstehenden unangenehmen Gerüchen zu kämpfen.** Was ist nur aus unserer Gesellschaft geworden? Warum bewundert man Akademiker und verachtet andererseits den einfachen Arbeiter?



Auch dem «einfachen» Schweizer Arbeitnehmer auf der Baustelle gebührt grössten Respekt. Er sollte daher vor Lohndumping geschützt werden.

## EU-freundliche SP – wirtschaftsliberale SVP

Die Schweizer Demokraten (SD) verstehen sich als soziale Partei, welche ebenfalls die Rechte der Arbeitnehmer vertritt. Leider verfügen wir zurzeit über keine Parlamentsmandate. Von den jetzigen etablierten Parteien setzt sich keine einzige mehr für den Arbeiter ein.

Bei der SP dominieren die «progressiven» Kräfte, die sich beispielsweise vehement für einen Rahmenvertrag mit der EU aussprechen. Dabei ist gerade die EU eine Institution, die sich kaum um die Arbeitnehmer kümmert.

Sahra Wagenknecht, Co-Fraktionsvorsitzende der Partei «Die Linke» im deutschen Bundestag, erzählte einmal folgende Geschichte (wörtlich): «Ich war früher während fünf Jahren im Europaparlament, und das wirklich Traurige ist, dass der Lobbyismus in Brüssel noch viel schlimmer ist als in den einzelnen Nationalstaaten. Im Gebäude des Europaparlaments trifft man mehr Lobbyisten als Abgeordnete an, was man als linker Politiker nicht gutheissen darf. Und noch was: **Präsentieren Sie mir einen Bürger, der allen Ernstes von Jean-Claude Juncker regiert werden will?**» Warum gibt es nicht mehr solche Linke in Europa und der Schweiz? Viele einfache Arbeitnehmer wählen ja die so-genannte «Schweizerische Volkspartei», kurz SVP. Die stellt es ja auch geschickt an; alle Arbeiterprobleme werden den Ausländern in die Schuhe geschoben. Doch diese Kritik greift zu kurz. **Natürlich sorgt die Personenfreizügigkeit für Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit, jedoch genauso die Unternehmenssteuerreformen, die ausländische Firmen in die Schweiz locken, verstärken die Zuwanderung sowie die Globali-**

**sierung und konkurrieren somit inländische Traditionsunternehmen.** Dazu gehören unter anderem Kleinbetriebe wie Bäckereien oder Metzgereien usw.

## SVP begünstigt Ausländer

In Sachen Ausländerpolitik unternimmt die SVP ebenfalls zu wenig, um das Problem zielgerichtet zu lösen. Vielmehr verweigert die Volkspartei notwendige Massnahmen (Ecopop-Initiative). Auch die Masseneinwanderungsinitiative diente lediglich der Problembewirtschaftung. **Der Abstimmungstext wurde sehr unsorgfältig formuliert, mit vielen Hintertüren, was dann von den gegnerischen Parteien ausgenutzt wurde.** Zudem konnte man vor einiger Zeit eine lustige Geschichte in der Zeitung lesen: Roger Köppel, SVP-Nationalrat und Journalist, suchte für sein Unternehmen eine Sekretariatskraft. In der Schweiz schliessen jedes Jahr um die 10'000 Leute eine kaufmännische Lehre ab. **Und tatsächlich stellte Herr Köppel einen deutschen Bürger als Sekretär an. Nichts gegen deutsche Staatsangehörige oder sonstige Ausländer, aber Köppel predigt Wasser und trinkt Wein.** Beim Inländervorrang positionierte er sich immer als Hardliner, dennoch setzt er seine Forderungen nicht einmal in seiner eigenen Unternehmung um.

Auch Magdalena Martullo-Blocher, SVP-Nationalrätin und Tochter von e. Bundesrat Christoph Blocher, verhält sich auf solche Art und Weise. Sie bekämpft die Personenfreizügigkeit, stellt allerdings in ihrer eigenen Firma viele Arbeitnehmer aus Polen an.

## Nur SD sind arbeitnehmerfreundlich

Im Allgemeinen streut die SVP dem werktätigen Volk lediglich Sand in die Augen und vertritt in

jeder Hinsicht eine wirtschaftsliberale sowie antisoziale Politik. Sie hilft mit, Ergänzungsleistungen zu kürzen und möchte am liebsten die AHV quasi abschaffen. **Ein JSVP-Vertreter hat in der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens indirekt gesagt, dass die AHV, die Reichensteuer, beseitigt werden muss.** Auf der anderen Seite schützt die Volkspartei die Wohlhabenden durch das inländische Bankgeheimnis, wodurch dem Fiskus allenfalls Steuergelder entgehen. **Letztlich stellen weder SP noch SVP verlässliche Alternativen für den Arbeiter dar (von den anderen Parteien reden wir erst gar nicht).**

Nur die SD setzen sich konsequent und lösungsorientiert für die hart arbeitende Bevölkerung in diesem Land ein. Den einfachen Arbeitnehmer und die SD braucht es mehr denn je.

Wir befürworten faire allgemeine Mindestlöhne und stabile Renten. **Ein starker und gerechter Sozialstaat liegt uns somit besonders am Herzen.** Andererseits stellen sich die Schweizer Demokraten (SD) gegen die Personenfreizügigkeit, die Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten, die Globalisierung und die Bilateralen I sowie die beiden schädlichen Politströmungen, nämlich den Wirtschaftsliberalismus und den «Progressivismus». Die Zeit der Arbeiter muss und wird kommen, dafür setzen wir uns mit voller Kraft ein. In diesem Sinne wünschen wir allen Menschen, die uns...

- täglich an der Kasse mit einem Lächeln bedienen
- den Müll abtransportieren
- pünktlich die Post zustellen
- die Kanalisation und Strassen reinigen
- im administrativen Bereich im Büro unterstützen und uns den Lohn überweisen
- sicher von A nach B bringen
- ein delikates Essen zubereiten
- die Innenräume reinigen
- die Lebensmittel transportieren
- pflegen, wenn wir krank oder verunfallt sind
- die Infrastrukturen bereitstellen und unterhalten
- auch noch nachts oder am Wochenende ihre Arbeitsleistungen zur Verfügung stellen

...von ganzem Herzen alles Gute und viel Mut. Diese Leute hätten eine viel bessere Politik verdient.

Jungaktivist\* der SD Kanton Bern  
\*Name der Redaktion bekannt



## Expulsion des criminels étrangers: nous n'avons pas fini d'en parler

Comme nous le savons toutes et tous, le 28 novembre 2010, le peuple et les cantons ont accepté l'initiative populaire intitulée «Pour le renvoi des étrangers criminels (initiative sur le renvoi)»<sup>1)</sup>. Ce n'est toutefois que le 1<sup>er</sup> octobre 2016, cinq ans et dix mois après l'acceptation de l'initiative, qu'est entrée en vigueur sa loi d'application. **Aucune expulsion fondée sur le nouvel article constitutionnel accepté en votation populaire n'a eu lieu dans l'intervalle.** Plus d'une demi-décennie a ainsi été perdue, marquée notamment par le rejet de l'initiative intitulée «Pour le renvoi effectif des étrangers criminels (initiative de mise en œuvre)», soumise au vote du peuple et des cantons le 28 février 2016<sup>2)</sup>.

Le changement essentiel est que, désormais, l'expulsion constitue une obligation dans les cas visés par la loi, au lieu d'être une simple faculté; en langage juridique, il s'agit dorénavant d'une «*Muss-Vorschrift*», et non plus d'une «*Kann-Vorschrift*». L'article 66a du Code pénal prévoit que le juge expulse de Suisse l'étranger qui est condamné pour l'une des infractions énoncées, quelle que soit la quotité de la peine prononcée à son encontre, pour une durée de cinq à quinze ans; la loi énumère une série de crimes dans une liste assez bien constituée, mais qui comporte cependant quelques singulières omissions, ainsi notamment le trafic d'armes et la criminalité environnementale.

**Tout comme le séjour illégal n'est pas en lui-même un motif d'expulsion obligatoire! Espérons que ces lacunes soient comblées un jour.**

La loi prévoit aussi des cas d'expulsion dits non obligatoires pour d'autres crimes. Mais, car il y a toujours un «*mais*» dès que des intérêts étrangers sont en cause, l'art. 66a al. 2 du Code pénal prévoit que «Le juge peut exceptionnellement renoncer à une expulsion lorsque celle-ci mettrait l'étranger dans une situation personnelle grave et que les intérêts publics à l'expulsion ne l'emportent pas sur l'intérêt privé de l'étranger à demeurer en Suisse. **A cet égard, il tiendra compte de la situation particulière de l'étranger qui est né ou qui a grandi en Suisse.**» Hélas. Evidemment, les milieux étrangers se précipitent dans cette brèche.

Le 14 février 2018, le Tribunal fédéral a rendu un arrêt important en la matière (www.bger.ch, sous réf. 6B\_506/2017). Il a confirmé l'expulsion obligatoire pour une durée de cinq ans d'un Portugais qui séjournait depuis 19 ans dans notre pays et qui avait été condamné à une peine privative de liberté de cinq mois pour avoir volé du matériel de chantier d'une valeur totale de Fr. 3000.–. Auparavant, l'intéressé avait été condamné à quatre reprises, dès 2009, à des peines pécuniaires totalisant, après leur conversion, près d'une année de privation de liberté, soit 345 jours. **Quelques mois auparavant, il avait exécuté plus de sept mois de détention. Il bénéficiait du revenu d'insertion vaudois ainsi que d'un logement qui était mis à sa disposition.**

**La durée de son séjour en Suisse n'a pas fait le poids face au comportement parasitaire de ce criminel. Heureusement. Car il n'aurait probablement pas été expulsé par les autorités vaudoises sans la loi issue du nouvel article constitutionnel.**

Cependant, tôt ou tard, un étranger prétendra que l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) lui donne le droit de séjourner en Suisse en dépit de ses activités criminelles. Comme s'il devait y avoir une «libre circulation» en faveur des criminels. Le Tribunal fédéral n'a pas tranché la question dans son arrêt du 14 février 2018, faute pour cet argument d'avoir alors été soulevé. Il faut être particulièrement attentif, puisque l'ALCP ne profite pas seulement aux ressortissants d'un Etat membre de l'UE ou de l'AELE, mais aussi aux «membres de la famille d'une personne ressortissant d'une partie contractante ayant un droit de séjour», quelle que soit leur nationalité, donc même si le parent en question n'est pas européen<sup>3)</sup>.

L'engorgement des prisons restera cependant un problème durable, surtout dans le canton de Vaud. Par communiqué du 19 mars 2018, le Conseil d'Etat vaudois a annoncé la construction d'une nouvelle prison, qui sera située sur la parcelle des Grands-Marais, à proximité des actuels établissements de la Plaine de l'Orbe. Selon les termes du communiqué, «ce nouvel établissement pénitentiaire, qui comptera quelques 410 places de détention, contribuera

à maîtriser la surpopulation carcérale actuelle, à renforcer la prise en charge des personnes détenues ainsi qu'à favoriser leur réinsertion sociale (!) et la lutte contre la récidive».

**Le Conseil d'Etat a donné son feu vert à la réalisation de la première étape de cet établissement avec la construction d'environ 210 places.** Un crédit d'étude portant sur cette première étape sera présenté prochainement. Par ailleurs, un crédit d'étude pour financer le plan d'affectation cantonal du site a déjà été adopté en octobre 2017 par le Conseil d'Etat. **Une seconde étape, dont les modalités seront définies ultérieurement, complètera l'ouvrage avec 200 places supplémentaires.**

**Il s'agit d'une nouvelle construction, qui bétonnera un espace vert. Il n'est pas envisagé d'ajouter des étages supplémentaires au bâtiment déjà existant. L'emprise au sol s'ajoute donc à l'emprise étrangère.**

Cette mesure, qualifiée de «décision de principe» par le communiqué, ne fait que s'occuper des symptômes. Pour un Parti moderne et démocratique comme le nôtre, les choix doivent être faits en amont. Quel est le pourcentage d'étrangers dans nos prisons? **De l'ordre de 70%, sans compter les doubles nationaux et les naturalisés. On voit très bien que ce problème de surcharge des infrastructures est en fait un problème d'emprise étrangère.** A se demander si le Conseil d'Etat a pris acte du fait que la votation du 28 novembre 2010 aura pour effet de restreindre la population étrangère criminelle (même si l'application du Code pénal est évidemment de la compétence du juge, et non de l'Exécutif).

**S'il y a une telle surpopulation carcérale aujourd'hui, c'est que nous n'avons pas assez expulsé durant des décennies. Donc que nous avons une politique trop permissive, que l'on qualifie du reste d'«exception vaudoise».**

La logique du Conseil d'Etat est biaisée. Son raisonnement en apparence rationnel abrite en fait des préjugés absurdes. Le trafic augmente? Construisons de nouvelles routes. La population s'accroît? Bâtissons de nouveaux logements. Il y a de plus en plus d'enfants étrangers? Ouvrons de

nouvelles écoles. Ben voyons, c'est aussi simple que cela. **On ne s'occupe pas des causes des problèmes. Nous devons combattre cette surcharge productiviste.**

**A se demander si le Conseil d'Etat a jamais entendu parler de la réflexion sur les limites de la croissance entamée dès le début des années 1970. Il serait bien inspiré de comprendre enfin que, non, il n'y a pas de croissance illimitée dans un monde fini.**

Et que nous atteignons déjà les limites physiques du développement. En d'autres termes, que nous allons droit dans le mur. Faute d'avoir pris suffisamment tôt les mesures qui s'imposent. **Comme d'intensifier les expulsions. Et de restreindre les naturalisations. Tout comme il incombe à la Confédération de renforcer les contrôles à la frontière.** Donc d'agir à titre de précaution pour éloigner les étrangers indésirables. Tant il est vrai que prévenir vaut mieux que guérir. Décidément, tout tient à tout. Nous n'avons pas fini d'en parler.

DS Vaud\*

<sup>1)</sup> L'initiative a été acceptée par le peuple, par 1'397'923 oui contre 1'243'942 non avec 32'762 bulletins de vote sans réponse, ainsi que par les cantons, par 15 5/2 oui contre 5 1/2 non. Le contre-projet a été rejeté par le peuple, par 1'407'830 non contre 1'189'269 oui avec 77'528 bulletins de vote sans réponse, ainsi que par tous les cantons.

<sup>2)</sup> L'initiative populaire a été rejetée par le peuple, par 1'966'965 non contre 1'375'098 oui, ainsi que par les cantons, par 17 3/2 non contre 3 3/2 oui.

<sup>3)</sup> L'ALCP prévoit que les «membres de la famille» concernés sont en particulier le conjoint et les descendants de moins de 21 ans ou à charge, ainsi que les ascendants et ceux du conjoint qui sont à charge.

\*nom de l'auteur connu de la rédaction

### Consignes de vote pour les votations fédérales du 10 juin 2018

- **Oui** à l'initiative populaire «Pour une monnaie à l'abri des crises: émission monétaire uniquement par la Banque nationale! (Initiative Monnaie pleine)»
- **Oui** à la loi fédérale sur les jeux d'argent (LJAR)

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Nottwil  
Margrit Neukomm, Bern

Türkisches Schultheater:

## Kein ausländischer Unterricht an Schweizer Schulen

Vor kurzem wurde in einer Mehrzweckhalle in Uttwil (TG) von türkischstämmigen Schülern ein Theater über die im Rahmen des Ersten Weltkrieges stattgeführte Schlacht bei Gallipoli aufgeführt. Die türkische Schule St. Gallen hatte den Anlass organisiert, wobei die entsprechende Landesbotschaft direkt Einfluss nahm. Die Kantone stellen Kindern und Jugendlichen mit bestimmtem Migrationshintergrund fakultative Schulfächer über ihre Heimatländer in den jeweiligen Landessprachen zur Verfügung, was als Unterricht für «Heimatliche Sprache und Kultur» (HSK) bezeichnet wird. Im Falle dieses türkischen

Schultheaters ist man nun bereits beim schlimmstmöglichen Szenario angelangt, zumal ein demokratisch fragwürdiger autokratischer Staat versucht, unter dem Deckmantel der Integration, seine jüngsten in der Schweiz aufgewachsenen Landsleute (auch Eingebürgerte) politisch und religiös zu beeinflussen. Die aktive Erziehung von Parallelgesellschaften, mithilfe des kantonalen Bildungswesens, könnte dabei kaum aggressiver vorangetrieben werden. Hiesige Integrationsmassnahmen, vor allem in den obligatorischen Volksschulen, dürfen niemals ausländische Elemente beinhalten.

**Daher fordern die Schweizer Demokraten (SD) den sofortigen Verzicht auf die Verwendung des Schulfaches «Heimatliche Sprache und Kultur» (HSK).**

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass die entsprechenden Diasporas solchen Unterricht selbst anbieten. Dieser muss zwingend strengen Kontrollen unterliegen. Jegliche finanzielle oder anderweitige Unterstützung lehnen die SD aber entschieden ab.

Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern



**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich  
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
 Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 10. Juni

Die ordentliche schweizerische Frühlingsversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 10. Juni 2018 beschlossen:

### Ja zum Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz)

Das neue Bundesgesetz regelt den Umgang mit Geldspielen. Sämtliche Anbieter solcher Dienstleistungen benötigen für den Schweizer Markt eine staatliche Zulassung. Falls bei Betreibern von Internetspielen mit Sitz im Ausland keine Konzession vorhanden ist, sperrt der Gesetzgeber die entsprechende Seite. Überwindet ein Konsument diese elektronische Sperre, so wird ihm mitgeteilt, dass er im Falle eines Betrugs (beispielsweise



Das neue Geldspielgesetz schützt vor Spielsucht und kriminellen Aktivitäten.

### Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr. Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: schweizer-demokraten@bluewin.ch. Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

**Nichtauszahlung eines Gewinns) keinen Schutz des schweizerischen Rechtswesens mehr genießt. Zahlreiche europäische Staaten wenden dieses System der Internetregulierung erfolgreich an. Des Weiteren verpflichten sich bewilligte Casinos, Spielbanken und Lotteriegesellschaften zur aktiven Bekämpfung der Spielsucht.**

**Anbieter von Geldspielen müssen einerseits Abgaben für die AHV/IV sowie gemeinnützige Zwecke entrichten und andererseits Spielsüchtige vom Betrieb ausschliessen.**

Ausserdem verstärkt man auch die allgemeine Suchtprävention. Letztlich betonen die Schweizer Demokraten (SD), dass lediglich ein gelenkter Geldspielmarkt den Schutz des Konsumenten ausreichend berücksichtigt. Dennoch kann sich jeder Anbieter für eine Konzession bewerben. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

**Zur Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» wurde die Ja-Parole beschlossen.**

Frühlingsversammlung  
der SD Schweiz